

Antrag

**an die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 7. November 2025**

Kampf der Teuerung - Mehr Preistransparenz und Ende des „Österreichaufschlags“

Die Inflation befindet sich seit Jahren deutlich über dem EU-Schnitt und insbesondere auch die Lebensmittelpreise sind in Österreich in den vergangenen Jahren drastisch gestiegen. Gerade einkommensschwächere Haushalte müssen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie etwa Lebensmittel ausgeben und sind daher besonders stark von der Teuerung betroffen.

Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol hat im Rahmen ihrer länderübergreifenden Preiserhebungen (Vergleich Österreich/Deutschland) bei identen Lebensmitteln und auch Drogerieartikeln regelmäßig eklatante Preisunterschiede festgestellt und hat sich bereits seit Jahren vehement dafür eingesetzt, dass insbesondere der sogenannte „Österreichaufschlag“ abgeschafft wird. Sogar heimische Produkte werden in Deutschland billiger angeboten als in Österreich. Eine aktuelle Preiserhebung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol hat gezeigt, dass von elf ident angebotenen heimischen Produkten zehn in Deutschland billiger waren und eines gleich teuer. Auch der Vergleich der Preise von Eigenmarken von Diskontern hat gezeigt, dass die Produkte in Deutschland durchwegs billiger sind als in Österreich.

Fakt ist noch immer, dass Konsument:innen bei identen Produkten bei österreichischen Anbietern ein Vielfaches dessen bezahlen, was die Waren bei deutschen Anbietern kosten. Für manche Produkte muss in Österreich mitunter doppelt so viel bezahlt werden, wie in Deutschland. Eine nachvollziehbare Erklärung für diese eklatanten Preisunterschiede gab und gibt es nicht.

Aufgrund der seit Jahren aufgezeigten und auch von der Bundeswettbewerbsbehörde bestätigten ungerechtfertigten und gerade in einem Binnenmarkt nicht gerechtfertigten und auch nicht nachvollziehbaren eklatanten Preisunterschiede bei identen Produkten ist dringender Handlungsbedarf gegeben, um ungerechtfertigt höhere Preise in Österreich („Österreichaufschlag“) zu verhindern. Vor allem durch das stetige Aufzeigen der Problematik durch die Arbeiterkammer und entsprechenden Forderungen an die Politik ist in letzter Zeit zumindest die Diskussion in Österreich in Bewegung gekommen. Nunmehr gilt es jedoch rasch zu handeln und insbesondere auch auf EU-Ebene die „territorialen Lieferbeschränkungen“ anzugehen, die letztlich einen Hauptgrund für den „Österreichaufschlag“ darstellen und die es der internationalen Lebensmittelindustrie ermöglichen, in Österreich zu Lasten der österreichischen Konsument:innen höhere Preise zu verlangen.

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert daher den Bundesminister für Wirtschaft, Energie und Tourismus auf,

- sich mit Nachdruck auf EU-Ebene für ein Verbot von territorialen Lieferbeschränkungen bzw. ein Verbot von eklatanten Preisunterschieden bei identen Produkten einzusetzen, um den „Österreichaufschlag“ zu beenden,
- eine effektive und umfassende Preistransparenzdatenbank zu schaffen, um nachvollziehen zu können, wo entlang der Wertschöpfungskette Preissteigerungen entstehen
- eine unabhängige und schlagkräftige Anti-Teuerungskommission zu schaffen, um unrechtmäßige Preiserhöhungen entlang der Wertschöpfungskette und auf Basis der zu schaffenden Preisdatenbank aufzudecken und zu bekämpfen sowie
- das Preisgesetz zu reformieren bzw. zu verschärfen, um nicht nachvollziehbare eklatante Preisunterschiede aufzeigen und bekämpfen zu können, etwa durch Einführung einer Nachweispflicht der Gründe bei massiven Preissteigerungen bei Produkten des täglichen Bedarfs. Sollten sich Unternehmen nicht daran halten, wäre von einer amtlichen Preisregelung zur Festsetzung angemessener Preise Gebrauch zu machen.

Die 190. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert weiters die österreichische Bunderegierung auf,

- sich auf allen Ebenen innerhalb der Europäischen Union mit Nachdruck, für ein Ende der Benachteiligung österreichischer Konsument:innen einzusetzen sowie
- sich für die Wiederaufnahme der Arbeit der paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen (Ausschuss für Preisfragen (Wettbewerbs- und Preisunterausschuss)) einzusetzen, um bei Wettbewerbs- und Preisfragen entsprechende Akzente setzen bzw. die Notwendigkeit von Preiserhöhungen vor ihrem Wirksamwerden prüfen zu können. Die Kommission hat über Jahrzehnte für stabile Verhältnisse und einen Ausgleich gesorgt, daher soll der Wettbewerbs- und Preisausschuss reaktiviert werden, um Licht ins Dunkel der Preisgestaltung zu bringen.